

Drucken  
Kampf gegen Wohnungsnot

# Lärmverordnung wird gelockert: Bald weckt Sie um 7 Uhr die Kreissäge

Montag, 17.10.2016, 19:07

Um mehr Wohnungen bauen zu können, will Bundesbauministerin Barbara Hendricks den Lärmschutz aufweichen. Damit dürfen bald auch am Rand von Gewerbegebieten Wohnungen entstehen - oder direkt neben einer Handwerks-Werkstatt..

Die Deutschen müssen jetzt sehr stark sein. Denn der neuste Gesetzesvorschlag aus dem Bundesumweltministerium, das auch für Bauvorhaben zuständig ist, wird ihr Leben um einige Pegel lauter machen. Geht es nach Ministerin Barbara Hendricks ([SPD](#)) sollen Gewerbebetriebe und Wohnhäuser wieder näher zusammenrücken. Damit will die Ministerin die [Wohnungsknappheit in den Innenstädten](#) bekämpfen.

Damit auch in der Nähe von Gewerbebetrieben Wohnungen entstehen können, soll die zulässige Lärmgrenze für Lärm in Mischgebieten von 60 Dezibel (db) tagsüber und 45 Dezibel nachts auf 63 Dezibel und 48 Dezibel angehoben werden. In Wohngebieten liegt die Obergrenze aktuell nur bei circa 50 db am Tag und 35 db in der Nacht. Weil die Wahrnehmung von Lärm mit der Dezibel-Skala exponentiell ansteigt, erlaubt die neue Richtlinie in Mischgebieten künftig mehr als doppelt so viel Lärm wie in reinen Wohngebieten.

## Doppelt so viel Lärm erlaubt

Ein Rückschlag für lärmsensible Anwohner - [und für Immobilienanleger](#). Denn nicht nur die Nerven der Bewohner werden künftig stärker strapaziert. Auch die Preise ihrer Häuser und [Wohnungen in](#) solchen Mischgebieten könnten sich weniger vorteilhaft entwickeln, sobald sich im Hof ein Schreiner ansiedelt. Für die von Wohnungsnot gebeutelten Kommunen wäre die neue Regelung dagegen ein Befreiungsschlag. Würde die Reform umgesetzt, könnten sie bislang freie Abstandsflächen zwischen Gewerbe- und Wohngebieten für zusätzliche Wohnungen freigeben. Zudem dürfe dort deutlich enger gebaut werden als bisher, erklärte Michael Vogt, Immobilienökonom am Institut der deutschen Wirtschaft (IW) [in Köln](#) der "Welt am Sonntag".

Selbst der Deutsche Mieterbund (DMB) begrüßt die neue Richtlinie: "Angesichts der durch die Wohnungsknappheit stetig steigenden Mieten müssen wir an Neubaufächen aktivieren, was aktivierbar ist", sagte DMB-Geschäftsführer Ulrich Ropertz der "WamS". Um den Lärm in den Wohnungen erträglicher zu machen, müssten Wohnungsbaugesellschaften eben auf einen besseren Lärmschutz innerhalb der Immobilien achten - etwas durch Lärmschutzfenster.

Andere warnen allerdings, durch die neue Maßnahme sei Ärger vorprogrammiert. Zu ihnen gehört Günter Vornholz, Professor für Immobilienökonomie an der EBZ Business School in Bochum: "Früher oder später wird es zu einer Flut von Klagen gegen die Kommunen und die Betriebe in den Gewerbegebieten kommen", warnte er in der "WamS". Zudem werde die Nachfrage nach Wohnungen in diesen Gebieten zurückgehen, sobald sich die Lage am Wohnungsmarkt entspanne. Wohnungsbaugesellschaften, die von den neuen Baumöglichkeiten Gebrauch machen, könnten dann auf ihren Investitionen sitzen bleiben.

pli

© FOCUS Online 1996-2016

Drucken

**Fotocredits:**

dpa/Nicolas Armer

Alle Inhalte, insbesondere die Texte und Bilder von Agenturen, sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur im Rahmen der gewöhnlichen Nutzung des Angebots vervielfältigt, verbreitet oder sonst genutzt werden.